

PIERRE SCHMUCK

Politische Bildung und Weimarer Demokratie

Die Reichszentrale für Heimatdienst und Volkshochschulen im Land Thüringen 1919–1933

Die Zeit des politischen Umbruchs 1918/19 in Deutschland, die Gründungsphase der Weimarer Republik, war geprägt von komplexen und ambivalenten Gegenwartserfahrungen und Zukunftsperspektiven.¹ Selbst bei Befürwortern einer parlamentarischen Demokratie als Basis der zukünftigen politischen Ordnung mischte sich unter die Aufbruchseuphorie oft auch ein nicht geringes Maß an Skepsis: Einerseits glaubte man an neue politische und gesellschaftliche Möglichkeitsräume, die eine Republik eröffnen würde, andererseits war man der Überzeugung, dass eine demokratische Ordnung langfristig nur bestehen könne, wenn sie auf entsprechendem politischem Denken und Handeln weiter Bevölkerungskreise beruht. Auf dieses Argumentationsmuster beriefen sich zahlreiche Protagonisten des zeitgenössischen Volksbildungswesens, die sich nicht nur als Akteure eines »moralischen« Wiederaufbaus nach dem Weltkrieg verstanden, sondern die in politischer Bildungsarbeit auch einen Weg zur Stabilisierung von Republik und Demokratie in Deutschland sahen.² Die Reichsregierung selbst versuchte, das Vertrauen der Bevölkerung durch politische Aufklärung und Information zu gewinnen und beauftragte eine eigens dafür zuständige Behörde: die Reichszentrale für Heimatdienst. Der vorliegende Beitrag analysiert die Ausgestaltung solcher Versuche zeitspezifischer Demokratievermittlung in der Weimarer Republik zwischen 1919 und 1933.³

Politische Bildung als analytische Kategorie

Politische Bildung ist im Rahmen der folgenden Ausführungen als Analysekategorie zu verstehen. Sie soll helfen, die Vielfalt des zeitgenössischen Sprachgebrauchs zu erfassen, in dem von »staatsbürgerlicher Erziehung«, »staatsbürgerlicher Bildung«, aber auch von »politischer Bildung« sowie von »staatspolitischer Aufklärung« die

-
- 1 Vgl. *Robert Gerwarth*, *Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit*, München 2018, S. 9–27; *Jörn Leonhard*, *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923*, München 2018, S. 430–462, 881–906 und 1212–1236; *Tim B. Müller*, *Demokratie, Kultur und Wirtschaft in der deutschen Republik*, in: *ders./Adam Tooze* (Hrsg.), *Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015, S. 259–293, hier: S. 259–269.
 - 2 *Werner Picht*, *Die deutsche Volkshochschule der Zukunft. Eine Denkschrift*, Leipzig 1919, S. 7 f. und 34; *Paul Rühlmann*, *Wege zur Staatsgesinnung. Beiträge zur politischen Pädagogik*, Charlottenburg 1919, Vorwort, S. 132 und 143 f.; *Eduard Weitsch*, *Zur Sozialisierung des Geistes. Grundlagen und Richtlinien für die deutsche Volkshochschule*, Jena 1919, S. 108–112; *Anton H. Hollmann*, *Die Volkshochschule und die geistigen Grundlagen der Demokratie*, Berlin 1919, S. III–XII.
 - 3 Der Beitrag präsentiert erste Befunde eines laufenden Dissertationsprojekts zur politischen Bildungsarbeit von Reichszentrale für Heimatdienst und von Volkshochschulen in der Weimarer Republik.

Rede war. Während es dabei im Kern meist darum ging, Verständnis für politische Ereignisse, Entwicklungen und Zusammenhänge zu vermitteln, waren mit solchen Initiativen – je nach politischem Standpunkt – unterschiedliche Intentionen und Zielsetzungen verknüpft; weshalb schon die unterschiedlichen Begriffskonnotationen in der Quellsprache aufschlussreich sind: Die Tatsache, dass in den 1920er-Jahren sowohl Gewerkschaften und Sozialdemokratie als auch die NSDAP politische Bildung auf ihre jeweilige Agenda setzten⁴, lässt erahnen, wie umkämpft diese Begrifflichkeiten zu Zeiten der Weimarer Republik waren.

Unter dem analytischen Teilbegriff »Bildung« werden in einem prozessualen Sinne solche Initiativen verstanden, die der Wissensvermittlung, Unterrichtung und Schulung, aber auch der Aufklärung und Information dienten. Hinsichtlich des Teilbegriffs »politisch« ist eine universelle Definition schwerlich zu formulieren. Hier folgt der Beitrag jenen Forschungsansätzen, die »das Politische« als historisch spezifische Form menschlicher Kommunikation begreifen, die unter Bezugnahme auf »vorgestellte überindividuelle Einheiten« die Regeln des Zusammenlebens, Machtverhältnisse oder Grenzen des Sag- und Machbaren thematisiert.⁵ Damit können dann auch solche zeitgenössischen Bildungsinitiativen analytisch erfasst werden, die von den jeweiligen Akteuren zwar nicht explizit als »staatsbürgerlich« oder »politisch« etikettiert, letztlich aber doch in einen argumentativen Zusammenhang mit der Weimarer Republik und der Weimarer Demokratie gesetzt wurden.

Reichszentrale für Heimatdienst und Volkshochschulen als analytische Brenngläser

Politische Bildungsinitiativen als solche waren in den Jahren 1918/19 nicht neu. Bereits im Kaiserreich war ein Zusammenhang zwischen dem politischen Bildungsstand der Bevölkerung und der politischen Stabilität eines Staats nicht nur diskutiert worden⁶, sondern es hatten sich auch zahlreiche – meist konfessionell oder weltanschaulich orientierte – Verbände und Vereine sowie Gewerkschaften und Parteien um politische Bildungsarbeit bemüht.⁷ Innerhalb dieser bestehenden Institutionenlandschaft entwickelten sich in der Weimarer Republik nun Volkshoch-

4 Vgl. *Ronny Noak*, Von »Staatsbürgerausbildung« und »Kaderschmieden«. Die Parteischulen der Weimarer Republik, in: *Andreas Braune/Michael Dreyer* (Hrsg.), *Republikanischer Alltag. Die Weimarer Demokratie und die Suche nach Normalität*, Stuttgart 2017, S. 271–284.

5 Vgl. Abschlussbericht des SFB 584 »Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte« (»The Political as Communicative Space in History«), Universität Bielefeld 2013, S. 16 und 20. Ausführlich bei: *Willibald Steinmetz*, *Neue Wege einer historischen Semantik des Politischen*, in: *ders.* (Hrsg.), »Politik«. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt am Main/New York 2007, S. 9–40, hier: S. 9–15; *Ulrich Meier/Martin Papenheim/Willibald Steinmetz*, *Semantiken des Politischen. Vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert*, Göttingen 2012, S. 75–109 und 121–123.

6 Bezugspunkte für einschlägige Debatten in der Weimarer Republik blieben unter anderem: *Georg Kerschensteiner*, *Staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend*, Erfurt 1901; *Paul Rühlmann*, *Politische Bildung. Ihr Wesen und ihre Bedeutung, eine Grundfrage unseres öffentlichen Lebens*, Leipzig 1908.

7 Vgl. *Bettina Irina Reimers*, *Volksbildungs- und Volkshochschulbewegung*, in: *Diethart Kerbs/Jürgen Reulecke* (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Reformbewegung 1880–1933*, Wuppertal 1998, S. 355–367, hier: S. 355 f.; *Paul Röhrig*, *Erwachsenenbildung*, in: *Christa Berg* (Hrsg.),

schulen und die Reichszentrale für Heimatdienst zu neuen und relevanten Akteuren. In beiden bündelten sich zum einen Traditionslinien, zum anderen waren sie Ausdruck neuartiger Entwicklungen in diesem Bereich.

Die Reichszentrale für Heimatdienst ging nach verschiedenen Umstrukturierungen aus der bereits im März 1918 von der Reichsleitung eingerichteten Zentrale für Heimatdienst hervor; diese hatte während des Weltkriegs der politischen Aufklärung an der »Heimatfront« dienen sollen. In der Weimarer Republik war die Behörde zunächst der Pressestelle der Reichsregierung angegliedert, ab 1927 dann der Reichskanzlei direkt unterstellt. Mit der Reichszentrale für Heimatdienst existierte in Deutschland erstmals eine Regierungsbehörde für amtliche politische Aufklärung und Information. Ihre Tätigkeit war allerdings schon in der zeitgenössischen Wahrnehmung von Ambivalenz gekennzeichnet und oszillierte – auch im Selbstverständnis der Behörde – zwischen »Volksbildung« und »Propaganda«.⁸ Zumindest nominell verfügte die Reichszentrale über eine nicht unbeträchtliche Reichweite: Mit zeitweise mehr als 20 Landesabteilungen war sie in nahezu allen Regionen des Deutschen Reichs präsent.

Das Volkshochschulwesen knüpfte ebenfalls an Entwicklungen während des Kaiserreichs an. Es erfuhr in den Jahren 1918/19 jedoch einen merklichen Aufschwung, was sich vor allem in einer regelrechten Gründungswelle neuer Volkshochschulen ausdrückte. Obgleich längst nicht alle Neugründungen dauerhaft Bestand hatten, zählte ein Bericht des Reichsinnenministeriums im Jahr 1927 reichsweit insgesamt 215 Volkshochschulen – die meisten davon in Preußen (93), Sachsen (52) und Thüringen (34).⁹ Damit verbunden war eine zunehmende Institutionalisierung des Volkshochschulwesens: In einzelnen Ländern wie Thüringen und Sachsen bildeten sich Landesverbände, im Jahr 1927 wurde ein Reichsverband der deutschen Volkshochschulen gegründet. Volkshochschulen etablierten sich in der Weimarer Republik erstmals als eigenständiger Bereich des deutschen Bildungssystems.¹⁰ Das Volkshochschulwesen war jedoch alles andere als ein homogenes Gebilde, vielmehr differenzierten sich interne Richtungen und Strömungen aus. Eine Möglichkeit der Kategorisierung war die idealtypische Unterscheidung zwischen sogenannten freien und weltanschaulich/konfessionell gebundenen Volkshochschulen.

Hinsichtlich ihrer politischen Bildungstätigkeit versuchten sich freie Volkshochschulen ebenso wie die Reichszentrale für Heimatdienst von der Bildungsarbeit politischer Parteien sowie von weltanschaulich oder konfessionell gebundenen Initiativen abzugrenzen, indem sie sich auf Grundprinzipien der Objektivität und Neutralität beriefen. Um sich nicht dem Verdacht politischer Parteinahme auszusetzen,

Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 4: 1870–1918. Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, München 1991, S. 441–471.

8 Richard Strahl, Aufgaben und Ziele der staatspolitischen Aufklärungsarbeit, Berlin 1928, S. 13.

9 Vgl. Dieter Langewiesche, Erwachsenenbildung, in: ders./Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 5: 1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur, München 1989, S. 337–370, hier: S. 340.

10 Vgl. Reimers, Volksbildungs- und Volkshochschulbewegung, S. 357; Horst Dräger, Die Institutionalisierung und Professionalisierung der Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik, in: Paul Ciupke/Franz-Josef Jelich (Hrsg.), Experimentiersozietas Dreißigacker. Historische Konturen und gegenwärtige Rezeption eines Erwachsenenbildungsprojekts der Weimarer Zeit, Essen 1997, S. 29–48.

orientierte sich die Reichszentrale in ihrer Arbeit am »Staatsganzen« mit der Weimarer Reichsverfassung als dessen Grundlage. Richard Strahl, der Leiter der Behörde, erklärte die republikanische Verfassung zum »unverrückbare[n] Ausgangspunkt« der »Aufklärungstätigkeit auf staats- und verfassungspolitischem Gebiete«. ¹¹ Wird hier ein eher indirekter Bezug der politischen Aufklärungsarbeit zur demokratischen Grundordnung der Weimarer Republik erkennbar, formulierten Vertreter von Volkshochschulen mitunter sehr explizit den Anspruch, demokratisches Denken und Handeln zu vermitteln. ¹² Die Reichszentrale für Heimatdienst und die freien Volkshochschulen erweisen sich als geeignete analytische Brenngläser für die Suche nach demokratieorientierter politischer Bildungsarbeit in der Weimarer Republik. Eine solche Fokussierung ermöglicht zudem, sowohl staatliche als auch genuin nichtstaatliche Bildungsinitiativen sowie ihr Verhältnis zueinander zu untersuchen.

Forschungsstand – Erkenntnisinteresse – Quellenkorpus

Wer sich mit der Reichszentrale für Heimatdienst und Volkshochschulen beschäftigt, stößt auf einen disparaten Forschungsstand. Die Reichszentrale für Heimatdienst wurde von der Historiografie bisher wenig beachtet, die einschlägige Forschungsliteratur umfasst bis heute lediglich einige wenige Detailstudien. ¹³ Hier wird ein Forschungsdesiderat erkennbar, zu dessen Behebung die vorliegende Studie einen Beitrag leisten möchte. Demgegenüber hat insbesondere die historische Bildungsforschung das Volkshochschulwesen in der Weimarer Republik eingängig untersucht und dabei oft eine Wechselwirkung zwischen beidem konstatiert. ¹⁴ Einerseits habe erst die Weimarer Reichsverfassung jene Rahmenbedingungen geschaffen, in denen sich das Volkshochschulwesen habe entfalten können – Artikel 148 sah die Förderung von Volkshochschulen durch Reich, Länder und Gemeinden vor. Andererseits habe es zum Anspruch vieler Volkshochschulen gehört, politisch interessierte und mündige Staatsbürgerinnen und Staatsbürger auszubilden, die als Voraussetzung für das Funktionieren von Demokratie als politische Ordnungsform,

11 Richard Strahl, Die Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin [1922], S. 7 f.

12 Weitsch, Zur Sozialisierung des Geistes, S. 109–111; Ilse Theiß/Heiner Lotze (Hrsg.), Dreißigacker. Volkshochschule/Erwachsenenbildung, Jena 1930, S. 30.

13 Johannes Karl Richter, Die Reichszentrale für Heimatdienst. Geschichte der ersten politischen Bildungsstelle in Deutschland und Untersuchung ihrer Rolle in der Weimarer Republik, Berlin 1963; Klaus W. Wippermann, Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik, Köln 1976; Gudrun Hentges, Frontdienst – Heimatdienst – politische Bildung: Ein Jahrhundert Reichszentrale für Heimatdienst, in: Einsichten + Perspektiven. Bayerische Zeitung für Politik und Geschichte 1, 2018, S. 4–15.

14 Vgl. Heribert Hinzen/Elisabeth Meilhammer (Hrsg.), 100 Jahre Volkshochschule, Göttingen 2018; Detlef Oppermann/Paul Röhrig (Hrsg.), 75 Jahre Volkshochschule. Vom schwierigen Weg zur Humanität, Demokratie und sozialen Verantwortung, Bad Heilbrunn 1995. Vgl. auch die Bibliografie zur Forschungsliteratur bis 1989 bei Langewiesche, Erwachsenenbildung, S. 367–370.

als Form der Selbstregierung betrachtet worden seien.¹⁵ Hier setzt der Beitrag an, indem er empirisch untersucht, inwieweit Volkshochschulen dieses programmatische Selbstverständnis in konkrete Bildungspraktiken übersetzten. Zwar liegen bereits Fallstudien zu Programmatiken und Lehrplänen einzelner Volkshochschulen vor¹⁶, eine Analyse der Volkshochschularbeit aus einer dezidiert demokratiegeschichtlichen Perspektive fehlt jedoch bislang. Auch wenn hinsichtlich des Volkshochschulwesens in der Weimarer Republik an einen breiten Forschungsstand angeschlossen werden kann, versprechen neue Fragestellungen zur demokratieorientierten Bildungsarbeit von Volkshochschulen neue Erkenntnisse hinsichtlich der Potenziale und Grenzen zeitgenössischer politischer Bildung und Demokratievermittlung.

Angehend von diesen Vorüberlegungen stellt der Beitrag die Bildungspraxis in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses. Er rekonstruiert zunächst, welche politischen Bildungsinhalte die Reichszentrale für Heimatdienst und Volkshochschulen vermittelten und auf welche Methoden sie dabei zurückgriffen. Er berücksichtigt zudem Ansprüche und Ziele, die einzelne Akteure mit politischer Bildungsarbeit verknüpften, und fragt in diesem Zusammenhang nach Varianten des zugrunde liegenden Demokratieverständnisses. Die Studie interessiert sich dabei nicht allein für den formalen Übergang von einer konstitutionell-monarchischen zu einer demokratisch-republikanischen Staatsform, sondern in erster Linie für das zeitgenössische Verständnis von Demokratie als einer Lebens- und Handlungsform.¹⁷ Die Reichszentrale für Heimatdienst formulierte in ihren Arbeitsrichtlinien das Ziel, »die formale Demokratie der Reichsverfassung mit lebendigem Geist zu durchdringen«.¹⁸ Doch wie äußerte sich dieser Anspruch in der konkreten Arbeit der Behörde? Nicht nur die Weimarer Republik als politischer Ordnungsrahmen darf lediglich unter Berücksichtigung seiner historischen Spezifität untersucht werden. Gleiches gilt in Bezug auf zeitspezifische Maßstäbe für demokratische Denk- und Handlungsweisen. Der Beitrag versucht anhand der Arbeit von Volkshochschulen und der Reichszentrale für Heimatdienst zu zeigen, was innerhalb der historischen Konfiguration Weimarer Republik unter demokratischem Denken und Handeln verstanden wurde.

Anschließend werden konkrete Akteure in den Blick genommen. *Wer* übernahm Bildungsinitiative und Bildungstätigkeit und was waren die sozialen und politi-

15 Vgl. *Martha Friedenthal-Haase*, Keine illegitime Tochter der Demokratie – ein historischer Blick auf die deutsche Volkshochschule anlässlich ihres 100. Geburtstags, in: *Hinzen/Meilhammer*, 100 Jahre Volkshochschule, S. 152–163, hier: S. 152 f.; *Martha Friedenthal-Haase/Elisabeth Meilhammer*, Volkshochschule – Bewegung, Organisation, Kommunikation. Einleitung zum Nachdruck der »Blätter der Volkshochschule Thüringen« 1919–1933, in: *Blätter der Volkshochschule Thüringen (1919–1933)*, hrsg. v. *Martha Friedenthal-Haase/Elisabeth Meilhammer*, Bd. 1: März 1919 bis März 1925, Hildesheim/Zürich etc. 1999, S. XI–XXXIX, hier: S. XI.

16 Vgl. *Bettina Rölke*, Das Programm der Volkshochschule Jena in den Jahren 1919 bis 1932, in: 1919 bis 1994. 75 Jahre Volkshochschule Jena. Grußworte. Zur Geschichte der Volkshochschule Jena und Thüringen. Erinnerungen, hrsg. v. der Volkshochschule der Stadt Jena, Rudolstadt/Jena 1994, S. 85–115; *Bettina Irina Reimers*, Die Neue Richtung der Erwachsenenbildung in Thüringen 1919–1933, Tübingen 2003, S. 42–132.

17 Vgl. *Paul Nolte*, Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012, S. 32.

18 Leitsätze zum Arbeitsplan der Reichszentrale für Heimatdienst, o. O. [1920], S. 4.

schen Hintergründe solcher Akteure? *Wer* nahm an Veranstaltungen der Reichszentrale und der Volkshochschulen teil – und mit welchen Erwartungen? Die dadurch gewonnenen Befunde sollen helfen, zu erklären, wie politische Bildungsarbeit in der Weimarer Republik *für* die Weimarer Republik funktionierte und inwieweit sie Resonanz entfalten konnte oder eben nicht.

Der Beitrag setzt Schwerpunkte. Hinsichtlich der Reichszentrale für Heimatdienst untersucht er – erstmals – deren umfangreiche Vortragsarbeit. Als Untersuchungsfeld dienen die »Staatsbürgerlichen Bildungstage«, die zu den wichtigsten regelmäßigen Veranstaltungsformaten der Behörde zählten. Sie sind zum einen gut dokumentiert und lassen sich zum anderen analytisch in Beziehung zur Arbeit von Volkshochschulen setzen, zumal die Landesabteilungen bei der Organisation nicht selten mit örtlichen Volkshochschulen zusammenarbeiteten.

Ein räumlicher Fokus liegt auf dem Land Thüringen. Dort hatten sich frühzeitig komplexe Volkshochschulstrukturen herausgebildet: Neben zahlreichen Volkshochschulen wurde bereits im Jahr 1919 der Verein »Volkshochschule Thüringen« gegründet, der als Koordinierungsstelle und Dachverband der thüringischen Volkshochschularbeit fungierte.¹⁹ Zudem waren prominente Vertreter des zeitgenössischen Volkshochschulwesens in Thüringen tätig, darunter Adolf Reichwein an der Volkshochschule Jena und Eduard Weitsch als Leiter des Volkshochschulheims Dreißigacker. Die thüringische Volksbildungsarbeit entfaltete mit ihren Konzeptionen und Praktiken Strahlkraft auch über die Landesgrenzen hinaus.²⁰ Als exemplarisch für das freie Volkshochschulwesen in Thüringen stehen die Volkshochschule Jena und das Volkshochschulheim Dreißigacker somit auch im Mittelpunkt der vorliegenden Fallstudie.

Das Land Thüringen selbst kann in mancher Hinsicht als Sonderfall der Weimarer Republik gelten – nicht zuletzt aufgrund der dortigen politischen Verhältnisse. Der Zusammenschluss der thüringischen Kleinstaaten zum Land Thüringen war die einzige territoriale Neugründung im Zuge des politischen Umbruchs der Jahre 1918/19.²¹ In den folgenden Jahren waren die Regierungsverhältnisse in Thüringen gekennzeichnet durch Instabilität – lediglich die Regierung unter Richard Leutheußer (DVP) zwischen 1924 und 1927 hatte eine volle Legislaturperiode Bestand. Zudem charakterisierte eine zunehmende Polarisierung die politische Landschaft; die SPD-USPD-Regierung unter August Frölich in den Jahren 1921 bis 1924 und die erste nationalsozialistische Beteiligung an einer deutschen Landesregierung in Person des Innen- und Volksbildungsministers Wilhelm Frick im Januar 1930 illustrieren dieses Schwanken zwischen politischen Extremen.²² Trotz oder gerade aufgrund dieser Spezifika eignet sich das Land Thüringen für einen ersten analytischen Zugriff. Hier lässt sich untersuchen, wie Volkshochschulen und die Reichszentrale für Heimatdienst, deren für Thüringen zuständige Landesabteilung ihren Sitz in Erfurt

19 Vgl. Bettina Rölke, »Schule für das ganze Volk«. Die Institutionalisierung der thüringischen Volkshochschulen, in: Ciupke/Relich, Experimentiersozietas Dreißigacker, S. 117–128; Friedenthal-Haase/Meilhammer, Volkshochschule, S. XXII–XXXI.

20 Theiß/Lotze, Dreißigacker, S. 15 f.

21 Vgl. Christian Faludi/Manuel Schwarz, Umbruch 1919. Thüringen zwischen Revolution und Landesgründung, Erfurt 2019, S. 7–21.

22 Vgl. Steffen Raßloff, Geschichte Thüringens, München 2020, S. 81–89.

hatte, politische Bildungsarbeit unter dynamischen politischen Rahmenbedingungen betrieben, die für die Weimarer Zeit wiederum nicht untypisch waren. Die gewonnenen Befunde und Erkenntnisse können dann wiederum als Grundlage für weitere Vergleichsstudien dienen.

Der Studie steht ein vielfältiges Quellenkorpus zur Verfügung, sodass die Quellenauswahl entsprechend der jeweiligen Fragestellung erfolgen kann. Die politischen Bildungsinhalte werden anhand von Lehr- und Arbeitsplänen der Volkshochschulen sowie anhand von Tätigkeitsberichten der Reichszentrale für Heimatdienst und ihrer Landesabteilungen rekonstruiert. Die mit der Bildungsarbeit verbundenen Ansprüche werden aus programmatischen Schriften ersichtlich: von Richard Strahl, dem Leiter der Reichszentrale, von Protagonisten des zeitgenössischen Volkshochschulwesens sowie aus programmatischen Beiträgen in den »Blättern der Volkshochschule Thüringen«. Einblick in die sozialen und politischen Hintergründe von Akteuren und Rezipienten der politischen Bildungsarbeit geben Teilnahmelisten und Statistiken zu Volkshochschulkursen und zu Veranstaltungen der Reichszentrale für Heimatdienst. Die Auswertung dieses statistischen Materials ermöglicht zudem Rückschlüsse bezüglich der Reichweite politischer Bildungsarbeit und der Frage, welche Bevölkerungsgruppen in welchem Umfang erreicht wurden. Einen Zugriff auf Teilnehmerperspektiven ermöglichen schließlich Erfahrungsberichte, die bei quellenkritischer Betrachtung zumindest ein Schlaglicht auf die Resonanz der politischen Bildungsarbeit werfen können.

I. Politische Bildungsarbeit: Inhalte und Methoden

Der politische Bildungsanspruch der Reichszentrale für Heimatdienst und von Volkshochschulen bestand nicht nur darin, politisches Wissen zu vermitteln. Vielmehr sollte zum einen die Bevölkerung für das parlamentarische System der Weimarer Republik qualifiziert und zum anderen gesellschaftliche Spannungen durch Bildung abgebaut werden.²³ Das markierte eine Fallhöhe: An dieser hohen Erwartungshaltung mussten sich die Akteure dann letztlich messen lassen. Zunächst soll nun gezeigt werden, inwieweit die Bildungsinhalte und Methoden eine Auseinandersetzung mit Demokratie als politischer Ordnung und eine Einübung dessen, was unter demokratischen Praktiken verstanden wurde, erkennen lassen.

»Staatsbürgerliche Bildungstage« und Volkshochschulkurse – Auseinandersetzung mit der Weimarer Demokratie?

Die Inhalte und Themen der Vortragsveranstaltungen der Reichszentrale für Heimatdienst orientierten sich an den Vorgaben einer Reichstagsentschließung vom Juli 1921. Darin hatte das Parlament den zukünftigen Handlungsrahmen der Regie-

²³ Weitsch, Zur Sozialisierung des Geistes, S. 55; Reinhard Buchwald, Dennoch der Mensch! Die Volkshochschule als geistige Bewegung, Jena 1925, S. 6–8; Richard Strahl, Grundsätze der Volksaufklärung, Berlin [1926], S. 10f. und 20.

rungsbehörde formuliert: »sachliche Aufklärung über außenpolitische, wirtschaftspolitische und soziale und kulturelle Fragen, und zwar nicht im Sinne einzelner Parteien, sondern vom Standpunkte des Staatsganzen.«²⁴ Dieser Beschluss markierte den vorläufigen Abschluss eines politischen Konflikts bezüglich der Reichszentrale, der sich seit den Reichstagswahlen 1920 verschärft hatte. Kritische Abgeordnete – vor allem der USPD und DNVP – warfen der Behörde vor, die Parteien der ›Weimarer Koalition‹ im Wahlkampf einseitig unterstützt zu haben, und forderten die Auflösung der Reichszentrale. Am Ende der Parlamentsdebatte stand ein Kompromiss: Statt die Reichszentrale aufzulösen, wurde sie unter die Kontrolle eines parlamentarischen Beirats gestellt. Zudem sollte die in der Entschließung formulierte Verpflichtung auf »das Staatsganze« die parteipolitische Neutralität der Behörde gewährleisten.²⁵

Schwerpunkte auf außen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Themen lassen sich daher auch in den Vortragsprogrammen der »Staatsbürgerlichen Bildungstage« erkennen. Bei diesen Tagungen handelte es sich um Wochenendveranstaltungen in mittelgroßen Städten der Republik.²⁶ Im Jahr 1922 hatte die Reichszentrale solche Bildungstage erstmals durchgeführt.²⁷ In den folgenden Jahren baute sie dieses Format dann sukzessive aus: Laut behördeneigenen Statistiken fanden von Herbst 1923 bis Ende 1924 reichsweit 450 »Staatsbürgerliche Bildungstage« mit über 44.000 Teilnehmenden statt.²⁸ Für den Zeitraum von September 1926 bis April 1927 verzeichnete die Behörde 639 Veranstaltungen mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 80.783.²⁹

Zu den Themen, die die Landesabteilung Thüringen für ihre »Staatsbürgerlichen Bildungstage« in den Jahren 1926 bis 1929 vorsah, gehörten: »Außenpolitische Gegenwartfragen der großen Mächte«, »Deutschland und die Weltwirtschaft«, »Staat und Wirtschaft«, »Wirtschaftliche und soziale Gegenwartsprobleme«, »Die Reparationsfrage«, »Staat und Staatsgesinnung« und »Vom deutschen Volkstum und seiner Bedeutung für die Gegenwart«.³⁰ Dieses Themenspektrum kann als durchaus charakteristisch für die Vortragsarbeit der Reichszentrale für Heimatdienst angesehen werden. Auch andere Landesabteilungen behandelten auf ihren »Bildungstagen« vorrangig außenpolitische (»Die Großmächte der Gegenwart« und »Die weltpoliti-

24 Zum entsprechenden Antrag vgl. Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920, Bd. 368, Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Nr. 2254 bis 2628, Berlin 1924, Nr. 2371 (S. 2206). Zur Annahme durch das Parlament vgl. Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920, Bd. 350, Stenographische Berichte. Von der 116. Sitzung am 17. Juni 1921 bis zur 133. Sitzung am 7. Juli 1921, Berlin 1921, S. 4416D.

25 Vgl. *Wippermann*, Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung, S. 154–170.

26 *Strahl*, Grundsätze der Volksaufklärung, S. 19.

27 Die gegenwärtige staatsbürgerliche und wirtschaftliche Aufklärungsarbeit der Reichszentrale für Heimatdienst, November 1922, BAArch (Berlin-Lichterfelde), R 1603/2760, fol. 55.

28 Tätigkeitsbericht der Reichszentrale für Heimatdienst für das Etatjahr 1924, BAArch (Berlin-Lichterfelde), R 1603/2760, fol. 166.

29 Bericht der Reichszentrale für Heimatdienst über ihre Vortragstätigkeit im Winterhalbjahr 1926/27, BAArch (Berlin-Lichterfelde), R 1603/2760, fol. 205f.

30 Die Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der Landesabteilung Thüringen Oktober 1926 bis März 1927, StA Meiningen, 4-34-002,1173, fol. 9. Bericht über die staatsbürgerliche Bildungsarbeit der Landesabteilung von Oktober 1928 bis März 1929, StA Meiningen, 4-34-002, 1173, fol. 26.

sche Kräfteverteilung nach den Pariser Friedensschlüssen») und wirtschaftliche Themen (»Deutschlands wirtschaftliche Notlage«).³¹

Dass im Rahmen der Vortragsarbeit die Übergänge zwischen sachlicher Aufklärung und Versuchen propagandistischer Einflussnahme fließend sein konnten, verdeutlichen die Vortragsveranstaltungen der Landesabteilung Ostpreußen: Im Regierungsbezirk Allenstein waren für das Winterhalbjahr 1922/23 insgesamt 264 Vorträge vorgesehen – vorrangig zu Themen wie: »Ostpreußens wirtschaftliche Bedeutung«, »Die Aufgaben des Volkes in der Ostmark«, »Die Lage des Deutschtums im Osten« sowie »Der Kampf um die deutsche Ostgrenze«, »Deutschlands Vernichtung durch den Versailler Friedensvertrag« und »Die Kriegsschuldfrage«.³² Die Vortragstitel allein lassen freilich noch nicht auf die konkrete inhaltliche Ausrichtung der jeweiligen Veranstaltung schließen. Gleichwohl offenbart sich hier stellenweise ein weniger sachlicher Sprachduktus und damit auch die Ambivalenz der Reichszentrale für Heimatdienst – der Grat zwischen als »Bildung« verstandener Aufklärungsarbeit und politischer Propaganda war mitunter schmal.

Eine intensive Auseinandersetzung mit dem politischen Ordnungsrahmen »Weimarer Demokratie« fand im Rahmen von »Staatsbürgerlichen Bildungstagen« auf den ersten Blick nicht oder zumindest nur selten statt. Zwar fand sich »Die Reichsverfassung« wiederholt in den Vortragsankündigungen³³, aber bezeichnenderweise war die Behandlung innenpolitischer Themen schon in der Reichstagsentschließung nicht vorgesehen. Stattdessen wurde »das Staatsganze« als impliziter Bezugspunkt der Vorträge und Diskussionen vorausgesetzt. Auf Basis der Weimarer Reichsverfassung als partei- und interessenübergreifendem politischem Grundkonsens wollte die Reichszentrale in ihren Veranstaltungen jedoch Meinungsvielfalt in Bezug auf zeitgenössische politische Herausforderungen ermöglichen. Gleichzeitig sollten politische Debatten versachlicht werden, um sicherzustellen, dass sie »in einer Art zum Austrag gelangen, die die Einheit des Volkes nach innen und außen nicht gefährdet«.³⁴

Demgegenüber scheint in Volkshochschulen die Diskussion offener gewesen zu sein. Natürlich hingen inhaltliche Schwerpunktsetzungen hinsichtlich der politischen Bildungsarbeit von verschiedenen Faktoren ab, darunter nicht zuletzt von den politischen Ideen des jeweiligen Lehrpersonals. Die im Folgenden skizzierten Befunde für die Volkshochschule Jena und das Volkshochschulheim Dreißigacker sollten daher zunächst einmal als Einzelfälle betrachtet werden. Da jedoch beiden Einrichtungen eine Leitfunktion für die zeitgenössische Volkshochschularbeit in Thüringen zugesprochen werden kann, sind diese Beobachtungen für die Fallstudie Thüringen von zusätzlicher Relevanz.

Kurse zu politischen Themen waren ein permanenter und signifikanter Bestandteil der Volkshochschularbeit in Jena und Dreißigacker. Alle Arbeits- und Lehrpläne der Volkshochschule Jena zwischen 1919 und 1932 enthielten eine entsprechende Rubrik, deren Titel aus einer Kombination der Schlagwörter »Staat«, »Politik«, »Ge-

31 Die gegenwärtige staatsbürgerliche und wirtschaftliche Aufklärungsarbeit der Reichszentrale für Heimatdienst, November 1922, BArch (Berlin-Lichterfelde), R 1603/2760, fol. 52 f. und 55 f.

32 Ebd., fol. 53.

33 Ebd., fol. 55 f.

34 *Strahl*, Grundsätze der Volksaufklärung, S. 4 und 20.

sellschaft«, »Wirtschaft« und »Geschichte« bestand. Darunter waren in der Regel sechs bis zehn Kurse gelistet – bei einem Gesamtangebot von 60 bis 80 Veranstaltungen. Aussagekräftiger als dieser quantitative Befund sind allerdings die inhaltlichen Aspekte der politischen Bildungsarbeit:

1) Im Rahmen von Kursen an der Volkshochschule Jena wurde das demokratisch-parlamentarische System der Weimarer Republik thematisiert und auch problematisiert. Mag die im Winterhalbjahr 1920 angebotene Vortragsreihe »Die neue deutsche Reichsverfassung« noch eher informativen Charakter gehabt haben³⁵, lassen der für Frühjahr 1924 vorgesehene »Ausspracheabend« über »Volk, Demokratie, Sozialismus und der Gedanke der Volkshochschule«³⁶ und ein Arbeitskreis unter dem Titel »Politische Aussprachen über Demokratie – Diktatur – Staat – Nation – Sozialismus« im Herbst 1926 schon lebendigere Diskussionen vermuten; für letzteren nannte der Kursplan als die inhaltlichen Eckpunkte: »Geschichte der Demokratie – Krise der europäischen Demokratie – Faschismus – Bolschewismus – Der Staat – Die sozialistischen Staatstheorien – Die Staatsraison – Sozialismus und Nation«.³⁷ Und in einer für das Frühjahr 1927 geplanten Veranstaltungsreihe »Die geistigen Strömungen der Nachkriegszeit« sollten laut Kursbeschreibung nicht nur »Bolschewismus und Diktatur, Demokratie und Amerikanismus als geistige Einstellungen«, sondern auch »Die völkische Bewegung. Hitler, Ludendorff« besprochen werden.³⁸ Hier fungierte die Volkshochschule offensichtlich als Resonanzraum für zeittypische Debatten über eine »Krise des Parlamentarismus«, in der das parlamentarisch-demokratische Ordnungsmodell im Verlauf der 1920er-Jahre zunehmend unter den Druck autoritärer Gegenentwürfe geriet.³⁹

2) Darüber hinaus bot die Volkshochschule Jena wiederholt Kurse an, in denen politisches Denken als zentraler Aspekt politischer Bildung vermittelt werden sollte. Dies entsprach dem programmatischen Anspruch des Volkshochschulwesens, den Einzelnen zu befähigen, politische Ereignisse, Zusammenhänge und Entwicklungen selbstständig zu durchdenken und daraus eigene Standpunkte abzuleiten.⁴⁰ In der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre war es vor allem Adolf Reichwein, der die politische Bildungsarbeit an der Volkshochschule Jena in dieser Hinsicht prägte. Reichwein kann als einer der führenden politischen Pädagogen der Zeit gelten; nachdem er die Volkshochschule Jena in den Jahren 1925 bis 1929 geleitet hatte, wurde er im April 1930 als Professor für Geschichte und Staatsbürgerkunde an die Pädagogische Akademie in Halle berufen.⁴¹ Während seiner Jenaer Zeit legte Adolf Reichwein in seinen Volkshochschulkursen Wert darauf, gemeinsam mit den Teilnehmerinnen

35 Volkshochschule Jena, Arbeitsplan Winter 1920, S. 12.

36 Volkshochschule Jena, Arbeitsplan Ostern bis Johanni 1924, S. 2.

37 Lehrplan der Volkshochschule Jena, Oktober–Dezember 1926, S. 1.

38 Lehrplan der Volkshochschule Jena, April–Juni 1927, S. 8.

39 Vgl. *Ulrich Herbert*, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2017, S. 259–262; *Mark Mazower*, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000, S. 17–67.

40 *Eduard Weitsch*, *Was soll eine deutsche Volkshochschule sein und leisten? Ein Programm*, Jena 1918, S. 5, 9 und 14; *Picht*, *Die deutsche Volkshochschule der Zukunft*, S. 25–27; *Buchwald*, *Dennoch der Mensch!*, S. 9 f.

41 Vgl. *Ulrich Amlung*, *Adolf Reichwein 1898–1944. Ein Lebensbild des politischen Pädagogen, Volkskundlers und Widerstandskämpfers*, Bd. 1, Frankfurt am Main 1991, S. 187–302.

und Teilnehmern »praktisches politisches Denken« zu üben.⁴² Als Ansatzpunkte sollten politische »Tagesfragen« fungieren, die in »größeren politischen Zusammenhängen« diskutiert werden sollten, um die »immer wieder durchbrechenden großen politischen Kräfte« und die »wirklichen Hintergründe des politischen Vordergrundsgeschehens« sichtbar zu machen.⁴³ Solche »Tagesfragen« waren auch darüber hinaus Gegenstand anderer Kurse der Volkshochschule Jena: wie beispielsweise im Jahr 1924 zum Dawes-Gutachten oder zum Völkerbund.⁴⁴ Hier erwies sich die Volkshochschule als Resonanzraum für politische Ereignisse und Entwicklungen.

Gleiches lässt sich für Dreißigacker beobachten. Die Arbeit im dortigen Volkshochschulheim ist untrennbar mit dessen Leiter Eduard Weitsch verbunden, der hier in den 1920er-Jahren wegweisende Elemente der Erwachsenenbildung entwickelte.⁴⁵ Im Rahmen der Lehrgänge in Dreißigacker spielte das Themenfeld »Politik« ebenfalls eine wichtige – wenn auch nicht zentrale – inhaltliche Rolle.⁴⁶ Und auch hier offenbart sich eine durchaus kritische Auseinandersetzung mit den politischen und gesellschaftlichen Zuständen der Zeit. Man diskutierte in den Kursen über die »Lage Deutschlands innerhalb der europäischen Politik« ebenso wie über »Verfassungsfragen« und »Staatsbürgerliche Rechte und Pflichten«. Man besprach Fragen wie »Was ist Demokratie?« und »Welche Aufgaben hat der Mensch im demokratischen Staat?« und problematisierte auch vermeintliche Defizite demokratischer Ordnungsformen (»Wie weit ist im Rahmen der Verfassung eine Demokratisierung möglich?« und »Wie kann sich der Parlamentarismus auf demokratischer Basis verbessern?«). Schließlich wurden auch Gegenmodelle thematisiert: »Monarchie«, »Rätesystem«, »Demokratie oder Diktatur« sowie die Fragen »Ist Diktatur berechtigt?« und »Wie stellen wir uns zum völkischen Gedanken? Was heißt ›deutsch sein?«.⁴⁷

Weder die Arbeits- und Lehrpläne der Volkshochschulen noch die Programme der »Staatsbürgerlichen Bildungstage« lassen letztlich erkennen, wie diese Veranstaltungen tatsächlich abgelaufen sind. Doch schon die Ausarbeitung solcher Programmatiken und die Adressierung bestimmter Themen zeigen den Stellenwert an, den politische Bildungsarbeit im Sinne einer Auseinandersetzung mit zeitspezifischen Demokratievorstellungen vor allem in den Volkshochschulen Jena und Dreißigacker hatte. Mindestens ebenso deutlich äußert sich das in den Methoden beider Einrichtungen.

42 Lehrplan der Volkshochschule Jena, Oktober bis Dezember 1927, S. 8; Lehrplan der Volkshochschule Jena, April–Juni 1928, S. 4; Lehrplan der Volkshochschule Jena, Oktober–Weihnachten 1928, S. 2 und 4; Lehrplan der Volkshochschule Jena, Januar–März 1929, S. 3.

43 Lehrplan der Volkshochschule Jena, April–Juni 1928, S. 4; Lehrplan der Volkshochschule Jena, Januar–März 1929, S. 3.

44 Volkshochschule Jena, 17. Lehrgang, Arbeitsplan Oktober bis Weihnachten 1924, S. 4 und 10.

45 Vgl. *Josef Olbrich*, *Konzeption und Methodik der Erwachsenenbildung bei Eduard Weitsch*, Stuttgart 1972. Vgl. auch die Beiträge in *Paul Ciupke/Franz-Josef Jelich* (Hrsg.), *Soziale Bewegung, Gemeinschaftsbildung und pädagogische Institutionalisierung. Erwachsenenbildungsprojekte in der Weimarer Republik*, Essen 1996, und *dies.*, *Experimentiersozietas Dreißigacker*.

46 *Theiß/Lotze*, *Dreißigacker*, S. 8.

47 *Eduard Weitsch*, *Dreißigacker. Schule ohne Katheder. Pädagogische Schnappschüsse aus der Praxis eines Volkshochschulheims von 1920 bis 1933*, Hamburg 1952, S. 169–188; *Blätter der Volkshochschule Thüringen (BdVhsTh)* 5, 1924, Nr. 11/12, S. 83.

»Arbeitsgemeinschaften« und »Hörerräte« – Einübung demokratischer Praktiken?

Ein vielfach und wiederholt formulierter Anspruch der Reichszentrale für Heimatdienst und von Volkshochschulen bestand darin, durch politische Bildungsarbeit gesellschaftlich integrierend zu wirken. Argumentationsgrundlage hierfür war die Diagnose einer fragmentierten deutschen Gesellschaft. Dieses wahrgenommene Defizit zu überwinden, galt in dieser Perspektive als Voraussetzung für die zukünftige politische Stabilität Deutschlands.⁴⁸

Ein zeitgenössisch viel beschworenes Konzept entsprechender politischer und gesellschaftlicher Initiativen waren sogenannte Arbeitsgemeinschaften. Im Volkshochschulwesen war die »Arbeitsgemeinschaft« in erster Linie der pädagogisch-methodische Kerngedanke einer »Neuen Richtung«, die sich damit vom vermeintlich alten und pädagogisch ineffizienten Prinzip des klassischen Frontalvortrags abgrenzen wollte – Lehrende und Lernende sollten sich besser innerhalb kleiner Arbeitsgruppen und gewissermaßen »auf Augenhöhe« gegenüber treten, um produktiven Gedanken- und Meinungs austausch zu ermöglichen.⁴⁹ In den programmatischen Schriften des Volkshochschulwesens beinhaltete das Konzept »Arbeitsgemeinschaft« neben diesem methodischen Aspekt auch eine soziale Dimension: Die Volkshochschule wurde als Ort gemeinsamer (Bildungs-)Arbeit für Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten sowie mit unterschiedlichen weltanschaulichen und politischen Hintergründen aufgefasst. Durch Begegnung – so die programmatische Argumentation – werde sich gegenseitiges Verständnis für unterschiedliche Lebenswelten entwickeln, wodurch gesellschaftliche Spaltungen langfristig überwunden werden könnten.⁵⁰

Freie Volkshochschulen in Thüringen orientierten sich an diesem Ideal und etablierten die »Arbeitsgemeinschaft« als bevorzugtes Kursformat. In Jena waren »Arbeitsgemeinschaften« fester Bestandteil der Lehrpläne, zudem plante die Volkshochschule meist in jedem Semester Sonderveranstaltungen ein: In einem Arbeitskreis für »Politische Aussprachen« im Jahr 1927 konnten sich »junge Menschen, gleichgültig welcher politischen Richtung«, zu »sachlicher Aussprache über gesellschaftliche Streitfragen« treffen.⁵¹ Versachlichung der Diskussion und Meinungs vielfalt – auch in Dreißigacker galt die »Arbeitsgemeinschaft« als Basis der Bildungsarbeit. Eduard Weitsch leitete seine Kurse als »Rundgespräch«, in dem von den Kursteilnehmenden »Meinung und Gegenmeinung über eine Streitfrage [...] aufgestellt werden und in dem sie versuchen, mit Hilfe eigener Erfahrungen und

48 BdVhsTh 1, 1919, Nr. 6; *Picht*, Die deutsche Volkshochschule der Zukunft, S. 12; *Hollmann*, Die Volkshochschule und die geistigen Grundlagen der Demokratie, S. III f.; *Strahl*, Die Reichszentrale für Heimatdienst, S. 8 f.; *Strahl*, Grundsätze der Volksaufklärung, S. 12 und 14 f.

49 Vgl. *Bernd Faulenbach*, Erwachsenenbildung und Weimarer Demokratie. Zur Ambivalenz einer Beziehung, in: *Ciupke/Relich*, Experimentiersozietas Dreißigacker, S. 11–27, hier: S. 19 f.; *Edith Glaser*, Was ist das Neue an der »Neuen Richtung«? Zur Erwachsenenbildung nach dem Ersten Weltkrieg, in: 1919 bis 1994. 74 Jahre Volkshochschule Jena. Grußworte. Zur Geschichte der Volkshochschule Jena und Thüringen. Erinnerungen, hrsg. v. der Volkshochschule der Stadt Jena, Rudolstadt/Jena 1994, S. 117–136.

50 BdVhsTh 2, 1920, Nr. 1; *Weitsch*, Zur Sozialisierung des Geistes, S. 26; *Buchwald*, Dennoch der Mensch!, S. 76–79; *Picht*, Die deutsche Volkshochschule der Zukunft, S. 8 f.

51 Lehrplan der Volkshochschule Jena, Januar bis März 1927, S. 2.

erworbener Kenntnisse ihre Überzeugung zu begründen«; nur auf diese Weise könne gegenseitiges Misstrauen abgebaut werden. Als räumlicher Ausdruck dieses methodischen Grundprinzips galt im Volkshochschulheim ein »großer demokratischer Tisch«, an dem »nach Dreißigackerer Art« gearbeitet worden sei.⁵²

Im Prinzip der »Arbeitsgemeinschaft« wird erkennbar, dass sich die Volkshochschulen Jena und Dreißigacker als Orte der Demokratievermittlung verstanden. Der Anspruch, demokratische Praktiken einzuüben, äußerte sich darüber hinaus auch in institutionellen Aspekten: In Jena wurde ein »Hörerrat« eingerichtet, der nicht nur die Interessen der Hörerschaft gegenüber der Volkshochschulleitung und im Vorstand vertreten sollte, sondern auch als Ausdruck des Wunsches verstanden wurde, die Volkshochschule »nicht von oben, sondern von unten her auszugestalten«.⁵³ In Dreißigacker oblag die Ausgestaltung des Volkshochschulbetriebs einem sogenannten Hausparlament, das sich aus Volkshochschulleitung, Lehrerschaft und Schülerschaft zusammensetzte.⁵⁴ Zeitgenössische Beobachter sprachen mitunter von der »kleine[n] Republik des Heims« in Dreißigacker: Eduard Weitsch habe die Heimvolkshochschule als »gesellschaftliche[n] Organismus« verstanden, der alle »Früchte und alle Störungen aufweisen kann, dazu eben das gesellschaftliche Leben der Menschen fähig und denen es unterworfen ist«.⁵⁵ Selbstverwaltung und Mitverantwortung kommen hier als Kernelemente des Demokratieverständnisses in den Volkshochschulen Jena und Dreißigacker zum Vorschein.

Das Prinzip »Arbeitsgemeinschaft« lag auch den »Staatsbürgerlichen Bildungstagen« der Reichszentrale für Heimatdienst zugrunde – wenn auch im Vergleich zu Volkshochschulen mit einer anderen Schwerpunktsetzung. Der Form nach handelte es sich um konventionelle Vortragsveranstaltungen, für die in der Regel zwei Programmteile vorgesehen waren: ein thematischer Vortrag mit anschließender Aussprache, der ein informelles »zwangloses Zusammensein von Hörerschaft und Dozentenschaft« zur »Fortsetzung der Aussprache [...] in Gesprächsform« folgen konnte.⁵⁶ Mit diesen Veranstaltungen verband die Reichszentrale jedoch ein längerfristiges Ziel: die Gründung von »örtlichen Arbeitsgemeinschaften« im Sinne dauerhafter Arbeitskreise für den Austausch über politische Gegenwartsfragen.⁵⁷ Schon die »Bildungstage« selbst verstand die Reichszentrale als »Gemeinschaftsveranstaltungen« und als Gelegenheiten für Menschen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen und mit unterschiedlichen politischen Standpunkten »sich an einen Tisch [zu] setzen, um sich über die großen Probleme der Staatspolitik zu informieren und zu unterhalten«.⁵⁸ Wie Volkshochschulkurse waren die »Staatsbürgerlichen Bildungstage« als Diskussionsforen gedacht, in denen Meinungsvielfalt ge-

52 *Theiß/Lotze*, Dreißigacker, S. 8 und 16–19.

53 *BdVhsTh* 4, 1922, Nr. 7, S. 45–49.

54 *Weitsch*, Dreißigacker, S. 79 f. und 94.

55 *Theiß/Lotze*, Dreißigacker, S. 38.

56 Die gegenwärtige staatsbürgerliche und wirtschaftliche Aufklärungsarbeit der Reichszentrale für Heimatdienst, November 1922, *BArch* (Berlin-Lichterfelde), R 1603/2760, fol. 55 f.

57 *Strahl*, Grundsätze der Volksaufklärung, S. 18 f.

58 Tätigkeitsbericht der Reichszentrale für Heimatdienst für das Etatjahr 1924, *BArch* (Berlin-Lichterfelde), R 1603/2760, fol. 167.

währleistet werden sollte – die Anerkennung der Weimarer Reichsverfassung vorausgesetzt.

Den Inhalten und Methoden der Volkshochschule Jena und des Volkshochschulheims Dreißigacker lagen Selbstverwaltung und Mitverantwortung als Kernelemente ihres Demokratieverständnisses zugrunde. Bei den »Staatsbürgerlichen Bildungstagen« der Reichszentrale für Heimatdienst ist ein eher staatsbezogenes Demokratieverständnis zu erkennen. Insgesamt deuten sich in den bislang untersuchten Quellen zeitspezifische Maßstäbe für demokratisches Denken und Handeln an, an denen sich sowohl die Reichszentrale als auch Volkshochschulen orientierten: ein zumindest programmatisch formuliertes Maß an Pluralität und Meinungsvielfalt sowie der Wille, politische Debatten zu versachlichen und durch Meinungsaustausch zu einem politischen Grundkonsens zu finden.

Reichszentrale für Heimatdienst und Volkshochschulen stellten ein umfangreiches politisches Bildungsangebot zur Verfügung. Es muss jedoch gefragt werden, inwieweit demgegenüber eine entsprechende Nachfrage vorhanden war. Auch um das Verhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit mit Blick auf die gesellschaftlich integrierende Wirkung der Bildungsarbeit zu eruieren, ist zu fragen, wer an den angebotenen Kursen teilnahm. Die sozialen Hintergründe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Volkshochschulkursen und an Vortragsveranstaltungen der Reichszentrale für Heimatdienst sind Gegenstand des nächsten Kapitels.

II. Politische Bildungsveranstaltungen: Dozierende und Teilnehmende

Aufgrund des programmatischen Anspruchs, gesellschaftlich integrierend zu wirken, sollten Veranstaltungen der Reichszentrale für Heimatdienst sowie Kurse der Volkshochschulen Jena und Dreißigacker prinzipiell allen Interessierten offenstehen. Insbesondere den freien Volkshochschulen war die »Demokratisierung« des Bildungszugangs ein Kernanliegen.⁵⁹ Wie noch zu zeigen ist, waren die Teilnehmerkreise dann aber keineswegs so heterogen wie vorgesehen; vielmehr erreichten Reichsheimatdienst und Volkshochschulen jeweils spezifische Zielgruppen. Zunächst erfolgt jedoch ein kurzer Blick auf das soziale Profil jener Personenkreise, die sich als Vortragsreferierende im Auftrag der Reichszentrale für Heimatdienst oder als Lehrende in Volkshochschulen aktiv an politischer Bildungsarbeit beteiligten.

Wie aus den Programmkündigungen für die »Staatsbürgerlichen Bildungstage« hervorgeht, waren es je nach Vortragsthema vor allem Politikerinnen und Politiker, Universitätsprofessoren und Privatdozenten, aber auch Rechtsanwälte und Amtsgerichtsräte, die sich als Referentinnen und Referenten für die Reichszentrale engagierten.⁶⁰ Mit dem Rückgriff auf Fachexpertise versuchte die Behörde ihrem Anspruch gerecht zu werden, »einwandfreien, sachlich geprüften, jeder Kritik standhaltenden Tatsachenstoff«⁶¹ zu vermitteln. Gleichzeitig sollte der Rekurs auf

59 Weitsch, Zur Sozialisierung des Geistes, S. 109–111; BdVhsTh 4, 1922, Nr. 1, S. 7.

60 Die gegenwärtige staatsbürgerliche und wirtschaftliche Aufklärungsarbeit der Reichszentrale für Heimatdienst, November 1922, BArch (Berlin-Lichterfelde), R 1603/2760, fol. 52 f. und 55.

61 Strahl, Aufgaben und Ziele der staatspolitischen Aufklärungsarbeit, S. 14.

»Ergebnisse der objektiven wissenschaftlichen Forschung«⁶² politische Debatten auf sachlicher Grundlage ermöglichen. Es waren jedoch nicht nur thematisch spezialisierte Fachleute für die Reichszentrale und ihre Landesabteilungen tätig. Die Landesabteilungen griffen – vor allem für die Vortragsarbeit in ländlichen Regionen – auf ihre Netzwerke lokaler »Vertrauensleute« zurück; dabei handelte es sich beispielsweise um örtliche Bürgermeister, Lehrer oder Pfarrer, die dann Rednertätigkeiten übernahmen.⁶³ Um auch hier sachliche Standards zu gewährleisten, erstellte und verteilte die Reichszentrale »Rednermappen«, die Vortragsmanuskripte und inhaltliche Richtlinien enthielten.⁶⁴

In Volkshochschulen ist ein Übergewicht von Lehrpersonal mit akademischer Ausbildung zu erkennen. Von den insgesamt 58 Dozierenden, die im Sommerlehrgang 1920 an der Volkshochschule Jena lehrten, waren 34 promoviert; sie waren es in der Regel auch, die in ihren Kursen politische Themen behandelten.⁶⁵ In Fall der Volkshochschule Jena muss auch das spezifische Umfeld berücksichtigt werden: Allein aufgrund der räumlichen Nähe zwischen Volkshochschule und der Universität bestanden hier personelle Verknüpfungen. In den Kursankündigungen der folgenden Jahre finden sich zeitgenössisch prominente Namen wie Karl Korsch, Hans Hermann von Berlepsch-Valendàs, Heinrich Weinel, Reinhard Buchwald und Adolf Reichwein. Im Volkshochschulheim Dreißigacker übernahmen Eduard Weitsch und bis 1924 Franz Angermann als fest angestellte leitende Lehrkräfte den Hauptteil der Bildungsarbeit. Sie wurden dabei von wechselnden Gastlehrern für einzelne Kurse unterstützt. Das waren nicht immer ausgebildete Pädagogen. Doch selbst wenn die wissenschaftliche Fundierung der Kursinhalte für Eduard Weitsch nicht zu den primären Kriterien für die Bildungspraxis in Dreißigacker zählte, lud das Volkshochschulheim doch wiederholt Fachleute und Wissenschaftler wie den Soziologen Karl Mannheim zu Gesprächsrunden ein.⁶⁶ Insgesamt betrachtet, fand sich in den Veranstaltungen der Reichszentrale und der Volkshochschulen eine Bildungselite bereit, politisches Wissen zu vermitteln und politisches Denken zu lehren. Doch an wen waren diese Bildungsinhalte adressiert?

Die Reichszentrale für Heimatdienst richtete ihre »Staatsbürgerlichen Bildungstage« in erster Linie an regionale und lokale »Führungspersönlichkeiten« – im Sprachduktus der Behörde bedeutete dies: an das leitende Personal örtlicher Vereine, Verbände und Organisationen, an Gewerkschaftsfunktionäre sowie an all jene, die potenziell als Multiplikatoren fungieren konnten.⁶⁷ Die infrage kommenden Personen wurden dann zu »Staatsbürgerlichen Bildungstagen« eingeladen. Die zuständigen Landesabteilungen bereiteten die Veranstaltungen mitunter akribisch vor. Von der Landesabteilung Baden sind Listen überliefert, die nicht nur Vereine, Ver-

62 Bericht über die Reichskonferenz der Reichszentrale für Heimatdienst (Berlin, 28.–29. Januar 1927), mit einer Einführung von Senatspräsident Schulte, M.d.R. und Ministerialrat Dr. Strahl, Berlin 1927, S. 10.

63 Bericht über die staatsbürgerliche Bildungsarbeit der Landesabteilung von Oktober 1928 bis März 1929, StA Meiningen, 4-34-002, 1173, fol. 26 f.

64 Vgl. *Wippermann*, Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung, S. 99 f.

65 Volkshochschule Jena, Arbeitsplan Sommer 1920, S. 4.

66 *Weitsch*, Dreißigacker, S. 122–140.

67 Bericht über die Reichskonferenz, S. 12; *Strahl*, Aufgaben und Ziele der staatspolitischen Aufklärungsarbeit, S. 22.

bände und Organisationen enthielten, sondern auch namentliche Verzeichnisse von Lehrern, Bürgermeistern und Geistlichen im Einzugsgebiet des jeweiligen Veranstaltungsortes.⁶⁸

Einen Eindruck davon, wie sich das Publikum bei »Staatsbürgerlichen Bildungstagen« dann tatsächlich zusammensetzte, vermitteln Anwesenheitslisten, die von der Landesabteilung Baden erhalten sind: In der Bezirksstadt Engen im heutigen Landkreis Konstanz fanden zwischen 1929 und 1932 vier Bildungstage mit durchschnittlich 90 Teilnehmenden statt. In den Anwesenheitslisten finden sich überwiegend Ortsbürgermeister und Lehrer sowie Amtsgerichts- und Bezirksräte; daneben aber auch Kaufleute und Handwerksmeister sowie – wenn auch nur vereinzelt – »Fabrikarbeiter« und »Arbeiter«.⁶⁹ Für Thüringen stehen solche detaillierten Listen bislang nicht zur Verfügung. Die Zuhörerschaft »Staatsbürgerlicher Tagungen« in Thüringen, die die Landesabteilung Erfurt zum Teil in Zusammenarbeit mit örtlichen Volkshochschulen organisierte, dürfte sich aber in ähnlicher Weiser zusammengesetzt haben. Hier waren ebenfalls »Vertreter [...] aller politischen und beruflichen Richtungen« eingeladen.⁷⁰

Die Lehrgänge der Volkshochschulen Jena und Dreißigacker sollten allen Interessierten offenstehen. Aber auch hier lohnt ein Vergleich zwischen programmatischem Anspruch und den Verhältnissen in der Bildungspraxis. Zwei Schwerpunkte fallen auf: Erstens versuchten die Volkshochschule Jena und das Volkshochschulheim Dreißigacker, junge Erwachsene zu erreichen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Dreißigacker waren meist zwischen 20 und 30 Jahren alt.⁷¹ Im Frühjahrs-Lehrgang 1930 der Volkshochschule Jena war mehr als die Hälfte der Hörschaft im Alter bis zu 30 Jahren.⁷² Diese Generation war von den wirtschaftlichen Krisen der 1920er-Jahre und nicht zuletzt von Arbeitslosigkeit besonders betroffen.⁷³ Angesichts dieser Umstände versuchten Volkshochschulen, nicht nur Orientierung in verschiedenen Lebensfragen anzubieten.⁷⁴ Das Bemühen der Volkshochschule Jena, im Rahmen der »Jugendvolkshochschule« auch politische Themen zu diskutieren, kann durchaus als Versuch gedeutet werden, soziale und politische Sprengpotenziale zu verringern.⁷⁵

Zweitens waren es meist Arbeiterinnen und Arbeiter, die an den Volkshochschulkursen teilnahmen. Nach Dreißigacker kamen in der Regel »junge Arbeiter und An-

68 Verzeichnisse für Staatsbürgerliche Bildungstage in Engen, StA Freiburg, B700/1, Nr. 750, fol. 126–134 und 247–253; Verzeichnisse für Staatsbürgerliche Bildungstage in Oberkirch, StA Freiburg, B 727/12, Nr. 4970.

69 Anwesenheitslisten der Staatsbürgerlichen Bildungstage in Engen, StA Freiburg, B700/1, Nr. 750, fol. 44–46, 144–148, 193–196 und 260–264.

70 Einladungen zu Staatsbürgerlichen Tagungen, Januar 1930, StA Meiningen, 4-34-002, 1173, fol. 33–35.

71 *Theiß/Lotze*, Dreißigacker, S. 7; *Weitsch*, Dreißigacker, S. 32.

72 Lehrplan der Volkshochschule Jena, April–Juni 1930, S. 14 f.

73 Vgl. *Detlev J. K. Peukert*, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987, S. 25–31 und 91–100.

74 *Weitsch*, Was soll eine deutsche Volkshochschule sein und leisten?, S. 5; *Picht*, Die deutsche Volkshochschule der Zukunft, S. 28 f.; *Buchwald*, Dennoch der Mensch!, S. 5.

75 Lehrplan der Volkshochschule Jena, Oktober–Dezember 1926, S. 1; Lehrplan der Volkshochschule Jena, April–Juni 1930, S. 2.

gestellte«, schon für den ersten Kurs des Volkshochschulheims im Jahr 1920 waren es laut Weitsch durchweg »Werktätige, meist Arbeiter«. ⁷⁶ Daran änderte sich in den folgenden Jahren wenig, wie einschlägige Statistiken zeigen: Unter den 34 Teilnehmern des Lehrgangs von August bis Dezember 1922 waren »4 Bergarbeiter, 2 Schriftsetzer, 2 Klempner, 7 Schlosser, 2 Mechaniker, 2 Schreiner, 1 Schleifer, 1 Retuscheur, 1 Arbeiter, 1 Böttcher, 1 Optiker, 1 Schornsteinfeger, 1 Seemann, 1 Sattler, 1 Gärtner, 6 Kaufleute«. ⁷⁷ Insgesamt stellten von insgesamt 142 männlichen Teilnehmern an Kursen im Volkshochschulheim Dreißigacker bis zum Jahr 1924 die »Gelernten Fabrikarbeiter« (45) und »Kaufmännische Angestellte« (28) die größten Kontingente; bei den insgesamt 46 weiblichen Teilnehmerinnen waren »Kontoristinnen« (18) am stärksten vertreten. ⁷⁸

Die Statistiken der Volkshochschule Jena zeigen ein ähnliches Bild. In den drei Lehrgängen 1925/26 waren 53,6 % der Hörer »Handarbeiter« (vor allem Mechaniker und Optiker) und 32,4 % »Nichtstudierte Kopfarbeiter« (in erster Linie Kaufleute und kaufmännische Angestellte); bei 43 % der Hörerinnen handelte es sich um »Frauen im Beruf« (vor allem Kontoristinnen und Buchhalterinnen). ⁷⁹ Auch im Winterlehrgang 1930 war der Anteil von »Angestellten« und »Handarbeitern« am höchsten. ⁸⁰ Diese statistischen Auffälligkeiten lassen sich teilweise mit der spezifischen Umgebung der Volkshochschule erklären: In Jena fungierte das auf Optik und Mechanik spezialisierte Carl-Zeiss-Werk nicht nur als bedeutender Arbeitsplatz für Arbeiterschaft und Angestellte, die Carl-Zeiss-Stiftung förderte darüber hinaus maßgeblich die Arbeiterbildung an städtischen Volkshochschulen. ⁸¹

Auch wenn Reichszentrale und Volkshochschulen die Offenheit ihres Bildungsangebots betonten – in der Praxis erreichten sie jeweils spezifische Zielgruppen. Die Reichszentrale für Heimatdienst versuchte mit ihren »Staatsbürgerlichen Bildungstagen« vorrangig Vertreter führender Gesellschaftsschichten zu erreichen. Die Volkshochschulen Jena und Dreißigacker betrieben in erster Linie (Fach-)Arbeiterbildung. Angesichts dieser jeweils relativ homogenen Teilnehmerkreise konnten Reichszentrale und Volkshochschulen das Prinzip der »Arbeitsgemeinschaft« nur bedingt umsetzen, was die Erwartungen an dessen integrierende Wirkung enttäuschen musste. Andererseits könnte man argumentieren: Weil Volkshochschulen und Reichszentrale mit ihrer politischen Bildungsarbeit unterschiedliche Zielgruppen erreichten, war hier ein Potenzial vorhanden, das demokratisch-republikanische Lager insgesamt zu stärken. Eduard Weitsch beobachtete zumindest in mancher Hinsicht eine spürbare Wirkung, denn die meist werktätigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer seien anfangs zum Teil »bis auf die Knochen mißtrauisch gegen die bürgerlichen Lehrer« im Volkshochschulheim Dreißigacker gewesen – ein Misstrauen, das jedoch im Verlauf der gemeinsamen Arbeit habe abgebaut werden kön-

⁷⁶ Weitsch, Dreißigacker, S. 32f.; Theiß/Lotze, Dreißigacker, S. 7.

⁷⁷ BdVhsTh 4, 1922, Nr. 18, S. 131.

⁷⁸ BdVhsTh 5, 1923/24, Nr. 11/12, S. 81.

⁷⁹ BdVhsTh 8, 1926, Nr. 5, S. 20.

⁸⁰ Lehrplan der Volkshochschule Jena, April–Juni 1930, S. 14 f.

⁸¹ Zuschüsse der Carl-Zeiss-Stiftung an die Volkshochschule Jena, Stadtarchiv Jena, Xa 36, fol. 164–248.

nen.⁸² An solche Selbstwahrnehmungen anschließend soll nun noch ein genauerer Blick auf Erwartungshaltungen, Erfahrungen und Resonanzen der politischen Bildungsarbeit folgen.

III. Ein analytischer Versuch: Erwartungen – Erfahrungen – Resonanzen

Die Reichszentrale für Heimatdienst und die Volkshochschulen konnten politische Bildungsarbeit auch deshalb dauerhaft leisten, weil sie auf Resonanz stieß. Die Volkshochschule Jena hätte semesterübergreifende Kurse zu politischen Themenkomplexen nicht in ihr Programm aufnehmen können, Adolf Reichwein hätte seine Kurse zu politischen Tagesfragen und politischem Denken zwischen 1927 und 1929 nicht regelmäßig anbieten können⁸³, wenn nicht ein entsprechendes Interesse bei Hörerinnen und Hörern vorhanden gewesen wäre. Im Volkshochschulheim Dreißigacker belegten die Fragekataloge, die von den Schülerinnen und Schülern selbst in den Eröffnungssitzungen der Kurse erstellt wurden, dass die Besprechung politischer Themen erwünscht war.⁸⁴

Im Fall der Reichszentrale für Heimatdienst lassen die Teilnehmerzahlen bei »Staatsbürgerlichen Bildungstagen« ein Interesse an politischer Bildung erkennen. Für den Zeitraum von Oktober 1926 bis März 1927 meldete die Landesabteilung Thüringen 27 Tagungen mit insgesamt 4.590 Hörern.⁸⁵ Dieses Niveau konnte in den folgenden Jahren gehalten werden (Oktober 1928 bis März 1929: 24 Tagungen mit 4.247 Teilnehmenden⁸⁶, Etatjahr 1929/30: 25 Tagungen mit 5.336 Teilnehmenden⁸⁷, Etatjahr 1930/31: 27 Tagungen mit 5.913 Teilnehmenden⁸⁸). Die relativ konstanten Teilnehmerzahlen deutete man dabei ebenso als Beleg für die Relevanz ihrer Arbeit wie die Tatsache, dass »zu diesen Tagungen in vielen Fällen Teilnehmer [...] trotz schlechter Witterung und schlechter Verbindung von weit her kamen«.⁸⁹ Zudem konnte die Landesabteilung in einigen thüringischen Städten wiederholt »Bildungstage« durchführen – auch das wurde als Bestätigung verstanden.⁹⁰

Demokratieorientierte Erwartungen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern lassen sich in den Leitsätzen des Höerrats der Volkshochschule Jena ablesen. Darin wurde neben der Teilhabe der Hörerschaft an der Volkshochschulverwaltung auch

82 Weitsch, Dreißigacker, S. 32 und 76 f.

83 Lehrplan der Volkshochschule Jena, Oktober bis Dezember 1927, S. 8; Lehrplan der Volkshochschule Jena, April–Juni 1928, S. 4; Lehrplan der Volkshochschule Jena, Oktober–Weihnachten 1928, S. 2 und 4; Lehrplan der Volkshochschule Jena, Januar–März 1929, S. 3.

84 Weitsch, Dreißigacker, S. 169–188; BdvhsTh 5, 1924, Nr. 11/12, S. 83.

85 Die Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der Landesabteilung Thüringen Oktober 1926 bis März 1927, StA Meiningen, 4-34-002, 1173, fol. 8 f.

86 Bericht über die staatsbürgerliche Bildungsarbeit der Landesabteilung von Oktober 1928 bis März 1929, StA Meiningen, 4-34-002, 1173, fol. 26.

87 Tätigkeitsbericht für das Etatjahr 1929/30, StA Meiningen, 4-34-002, 1173, fol. 50.

88 Tätigkeitsbericht für das Etatjahr 1930/31, StA Meiningen, 4-34-002, 1173, fol. 59.

89 Die Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der Landesabteilung Thüringen Oktober 1926 bis März 1927, StA Meiningen, 4-34-002, 1173, fol. 7.

90 Bericht über die staatsbürgerliche Bildungsarbeit der Landesabteilung von Oktober 1928 bis März 1929, StA Meiningen, 4-34-002, 1173, fol. 26.

eine Demokratisierung des Bildungszugangs gefordert – ein »allgemeines, gleiches, öffentliches, freies Volksbildungswesen«.⁹¹ Im Rahmen jährlich stattfindender Hörer tagungen der Volkshochschule Thüringen kamen zentrale Aspekte der Volkshochschularbeit aus Hörerperspektive zur Sprache: Einerseits dürfe die Arbeit freier Volkshochschulen nicht mit »Parteischulung« verwechselt werden, andererseits solle sie dem Einzelnen helfen, Überzeugungen auszubilden und zu festigen.⁹² Politische Bildung lag also durchaus auch im Interesse der Hörerschaft.

In zeitgenössischen Erfahrungsberichten wurde politische Bildungsarbeit sowohl von Lehrenden als auch vonseiten der Hörerschaft positiv hervorgehoben. Gertrud Hermes, die später in Leipzig-Connewitz selbst ein Volkshochschulheim leiten sollte⁹³, berichtete im Jahr 1921, dass die Teilnehmerinnen an einem Frauenkurs in Dreißigacker unter anderem »Paragraphen aus dem B.G.B.« und »Abschnitte aus Marx« unter »scharfer Verstandesarbeit« bearbeiteten.⁹⁴ Einigen Gastlehrern blieb vor allem der »sachlich[e] und vornehm[e]« Verlauf der Aussprachen im Volkshochschulheim in Erinnerung; andere zeigten sich beeindruckt davon, wie offen und undogmatisch dort Fächer wie Nationalökonomie, Soziologie und Politik behandelt wurden.⁹⁵ Ein anonymes Schüler des Volkshochschulheims Dreißigacker hob im Jahr 1921 hervor, dass nicht bloßes Wissen, sondern »der denkende Mensch« das Ziel der Volkshochschularbeit sei. Weil dafür jedoch gewisse Kenntnisse notwendig seien, gehörten »Volkswirtschaft, Verfassungsfragen, Soziologie« zu den »selbstgewählten Fächern« der Schülerschaft in Dreißigacker.⁹⁶

Auch wenn die »Arbeitsgemeinschaft« die an sie gestellten Erwartungen nur bedingt erfüllen konnte – zeitgenössische Beobachterinnen und Beobachter stilisierten sie mitunter zu prägenden Erfahrungen: Ein langjähriger Mitarbeiter der Reichszentrale erlebte die Schulungswochen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zu denen »Männer und Frauen aus den verschiedensten Berufsschichten und politischen Lagern« zusammenkamen, als eine Art von Gemeinschaft, die auch gesamtgesellschaftlich erstrebenswert sei.⁹⁷ In ähnlicher Weise wurde von der Arbeit in Volkshochschulen berichtet. Hospitierende in Dreißigacker betonten die Rolle des Volkshochschulheims für die »Verschmelzung der deutschen Stämme zu einem deutschen Volk« durch die Zusammensetzung der Kurse mit Menschen aus verschiedenen Gegenden und Berufen. Beeindruckend seien der »Geist gegenseitiger Achtung, des Verstehensuchens, der Wertschätzung, auch des Gegners« und die »Atmosphäre des Vertrauens«, die im Volkshochschulheim Dreißigacker sowohl unter den Teilnehmenden als auch zwischen Teilnehmenden und Lehrenden ge-

91 BdVhsTh 4, 1922, Nr. 1, S. 7.

92 BdVhsTh 5, 1923, Nr. 7, S. 50; BdVhsTh 8, 1926, Nr. 7, S. 37 f.

93 Vgl. *Hartmut Meyer-Wölters*, Gertrud Antonie Hermes, in: *Günther Wolgast/Joachim H. Knoll* (Hrsg.), *Biographisches Handwörterbuch der Erwachsenenbildung. Erwachsenenbildner im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart/Bonn 1986, S. 159 f.

94 BdVhsTh 3, 1921, Nr. 7, S. 48.

95 BdVhsTh 5, 1923/24, Nr. 11/12, S. 85 f.

96 BdVhsTh 2, 1920, Nr. 15.

97 *Kurt Körber*, *Warum ich Mitarbeiter des Heimatdienstes bin*, in: *Zehn Jahre Reichsheimatdienst*, hrsg. v. der Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin 1928, S. 31–35, hier: S. 31 f.

herrscht habe. Und auch das »Prinzip der Selbstverwaltung« des Volkshochschulheims in Form des »Hausparlaments« imponierte den Beobachtenden.⁹⁸

Mit der Frage nach konkreten Auswirkungen politischer Bildungsarbeit sind empirisch-methodische Schwierigkeiten verbunden. Da jedoch weder Volkshochschulen noch die Reichszentrale für Heimatdienst bloßes Wissen vermitteln wollten, würde die Frage nach quantifizierbaren Resultaten vielleicht auch am Wesentlichen vorbeiführen. Die eigentliche Bedeutung der Volkshochschularbeit in Dreißigacker beispielsweise sahen schon zeitgenössische Beobachter eher darin, dass viele ehemalige Schülerinnen und Schüler später Verantwortung in gesellschaftlichen Positionen und Funktionen übernahmen: als Lehrende oder Mitarbeitende im Volksbildungswesen, als Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, als Schriftleiter verschiedener Zeitschriften und Mitteilungsblätter oder als Mitarbeitende in kulturellen Organisationen.⁹⁹ Ilse Theiß, die am zweiten Kurs in Dreißigacker teilgenommen hatte, engagierte sich später in der Wohlfahrtspflege und leitete selbst Kurse an der Volkshochschule Jena – unter anderem im Frühjahr 1930 zum Thema »Frau und Politik«.¹⁰⁰ Heiner Lotze kann in mancher Hinsicht als eine Art Muster-schüler sowohl des Volkshochschulheims Dreißigacker als auch der zeitgenössischen Volkshochschulidee gelten. Er hatte am ersten Kurs in Dreißigacker teilgenommen, blieb dem Volkshochschulheim danach als langjähriger Vorsitzender des Bundes der Schüler und Freunde Dreißigackers verbunden und entwickelte sich später zu einem Protagonisten des thüringischen Volkshochschulwesens, 1929 wurde er Leiter der Volkshochschule Jena und Geschäftsführer der Volkshochschule Thüringen. Nach 1945 setzte er sein Engagement fort – als Gründer und Leiter der Volkshochschule Hannover sowie als Kulturreferent für Erwachsenenbildung im Niedersächsischen Kultusministerium nahm er eine Schlüsselstellung für die Wiederbegründung des Volkshochschulwesens in der späteren Bundesrepublik ein.¹⁰¹

Der wesentliche Beitrag Dreißigackers lag schon in der zeitgenössischen Wahrnehmung darin, solche Persönlichkeiten zu stärken, die mit einer gewissen Vorprägung ins Volkshochschulheim kamen. Heiner Lotze resümierte: »Dreißigacker erhält schon seine Schüler als aktive und lebendige Menschen.«¹⁰² Nicht zuletzt das Auswahlverfahren für Interessentinnen und Interessenten, die sich mit Lebenslauf und Motivationsschreiben bewerben mussten, sorgte dafür, dass die Kursplätze an die »Geeigneten« vergeben wurden.¹⁰³ Die Wirkung politischer Bildungsarbeit, wie sie von den Volkshochschulen Jena und Dreißigacker sowie von der Reichszentrale für Heimatdienst betrieben wurde, lässt sich somit vielleicht am besten als Verstärkung beschreiben: Wer sich für Demokratie engagierte, nahm an entsprechenden Veranstaltungen teil. Kritiker oder gar Gegner demokratischer Ordnung und demokratischer Praktiken konnten mit dieser Art politischer Bildung nach aktueller Quellenlage hingegen kaum erreicht werden.

98 BdvhsTh 5, 1923/24, Nr. 11/12, S. 83 f. und 86 f.

99 *Theiß/Lotze*, Dreißigacker, S. 3 f. und 32.

100 Ebd., S. 3 f.; Lehrplan der Volkshochschule Jena, April–Juni 1930, S. 3.

101 *Theiß/Lotze*, Dreißigacker, S. 3 f. und 29 f.; *Hans Tietgens*, Heiner Lotze, in: *Wolgast/Knoll*, Biographisches Handwörterbuch der Erwachsenenbildung, S. 245–246.

102 *Theiß/Lotze*, Dreißigacker, S. 32.

103 Ebd., S. 7; *Weitsch*, Dreißigacker, S. 33–35.

Fazit

Der Beitrag versuchte, die Ausgestaltung demokratieorientierter politischer Bildungsarbeit am Beispiel »Staatsbürgerlicher Bildungstage« der Reichszentrale für Heimatdienst und anhand der Lehrgänge in den thüringischen Volkshochschulen Jena und Dreißigacker schlaglichtartig zu beleuchten. Eine Einschätzung dahin gehend, inwieweit die dargestellten Befunde als repräsentativ oder doch eher spezifisch innerhalb der Weimarer Republik gelten können, muss weiteren Studien vorbehalten bleiben. Folgende Beobachtungen lassen sich für die Fallstudie Thüringen jedoch festhalten:

1) Die Kurse in der Volkshochschule Jena und im Volkshochschulheim Dreißigacker fungierten nicht nur als Resonanzräume für politische Debatten, sondern sie boten auch Gelegenheit zur aktiven Auseinandersetzung mit der Weimarer Demokratie als politischem System. Die Reichszentrale für Heimatdienst, die auf Grundlage einer Reichstagsentschließung zu parteipolitischer Neutralität verpflichtet war, agierte hier allerdings vorsichtiger. Gleichwohl versuchte sie, in Form »Staatsbürgerlicher Bildungstage« ein Forum für politische Diskussionen bereitzustellen.

2) In den Inhalten und Methoden der untersuchten Volkshochschulen und der Reichszentrale äußern sich verschiedene Aspekte des zeitgenössischen Verständnisses von Demokratie als Form politischen Denkens und Handelns. Als dessen Kernelemente sind Selbstverwaltung und Mitverantwortung zu nennen, aber auch die Anerkennung von Meinungsvielfalt auf Grundlage eines republikanisch-demokratischen Grundkonsenses. Das Bemühen, politische Auseinandersetzungen auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zu versachlichen, kann ebenfalls als charakteristisch für die Arbeit von Reichszentrale und freien Volkshochschulen gelten.

3) Der Versuch, demokratische Praktiken im eben beschriebenen Sinne einzuüben, äußerte sich institutionell in der Einrichtung von Hörerräten in den Volkshochschulen sowie methodisch im Prinzip der »Arbeitsgemeinschaft«, an dem sich auch die Reichszentrale für Heimatdienst orientierte. Letztlich scheint allerdings die teils homogene Zusammensetzung des Publikums in den Veranstaltungen die Möglichkeiten limitiert zu haben, über berufliche, weltanschauliche und parteipolitische Gegensätze hinweg mit politischer Bildung gesellschaftlich integrierend zu wirken.

4) Was die unterschiedlichen Fokussierungen der Reichszentrale für Heimatdienst auf die Beamtenschaft und andere »gesellschaftliche Führungspersonlichkeiten« beziehungsweise der Volkshochschulen auf Arbeiterschaft und Angestellte für das generelle Potenzial politischer Bildungsarbeit bedeutete, kann hier noch nicht abschließend eingeschätzt werden. Einerseits lassen sie sich als divergierende zeitgenössische Demokratievorstellungen interpretieren – sollte eine Demokratie zuvorderst auf Funktionseleiten oder auf der Partizipation breiter Bevölkerungskreise beruhen? Andererseits könnte man argumentieren, dass Reichszentrale und Volkshochschulen letztlich komplementäre Zielgruppen erreichten und somit potenziell in der Lage waren, das demokratisch-republikanische Lager in der Weimarer Republik insgesamt zu stärken. Dass dieses dann gegenüber der Wucht der autoritären politischen Entwicklungen im Zuge der wirtschaftlichen Krisenentwicklungen ab Ende der 1920er-Jahre nicht standhalten konnte, sollte nicht als »Versagen« die-

ser politischen Bildungsarbeit gedeutet werden. Wie so viele Entwicklungen in der Weimarer Republik hätte demokratieorientierte Bildungsarbeit Zeit gebraucht, um jene stabilisierende Wirkung zu entfalten, die sich viele Akteure von ihr versprochen.¹⁰⁴ Diese Zeit hatte sie nicht. Kurz nach der nationalsozialistischen Regierungsübernahme wurde die Reichszentrale für Heimatdienst im März 1933 aufgelöst und die thüringischen Volkshochschulen ab September des gleichen Jahres in der »Deutschen Heimatschule Thüringen e.V.« gleichgeschaltet.

In der deutschen demokratiegeschichtlichen Langzeitperspektive können die Reichszentrale für Heimatdienst und Volkshochschulen in der Weimarer Republik als Wegmarken gelten, deren langfristige Wirkung nicht zu unterschätzt werden braucht. Erstmals wurde in Deutschland versucht, überparteiliche politische Bildungsarbeit zu institutionalisieren, um eine Demokratie als Grundordnung dauerhaft zu festigen. An diese Versuche der Weimarer Zeit knüpfte die spätere Bundesrepublik an. Nicht nur das Volkshochschulwesen wurde nach 1945 wiederbegründet. Im Jahr 1952 nahm – zunächst noch unter dem Namen »Bundeszentrale für Heimatdienst« – die Bundeszentrale für politische Bildung ihre Arbeit auf, in deren Zentrum bis heute die »Förderung des Bewusstseins für Demokratie und politische Partizipation«¹⁰⁵ steht.

104 Vgl. *Herbert*, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, S. 253, 257 und 265.

105 Internetseite des Bundesministeriums des Innern und für Heimat, URL: <<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/behoerden/DE/bpb.html>> [8.7.2022].